

Bern, 09. Februar 2020

Studierendenschaft bedauert die Ablehnung der Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum.

Heute wurde die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» von den Stimmberechtigten abgelehnt. Die Studierendenschaft der Universität Bern (SUB) sieht dies als verpasste Gelegenheit, die Chancengleichheit sowie die Wohnsituation von Studierenden in der Schweiz zu stärken.

Die Wohnsituation in der Schweiz ist seit längerer Zeit angespannt. Die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» wollte den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen erhöhen und damit dem Trend zu teurem Wohnraum entgegenwirken. Durch die Ablehnung der Initiative bleibt die Wohnsituation in den Hochschulstädten für Studierende weiterhin angespannt und vor allem teuer.

Die Inkraftsetzung des indirekten Gegenentwurfs des Bundesrates und somit die Aufstockung der Mittel für den «Fonds de Roulement» bedeutet, dass zumindest ein Handlungsbedarf bei der Wohnsituation anerkannt wird. In welchem Ausmass aber die zusätzlich gesprochenen 250 Millionen Franken zu mehr bezahlbarem Wohnraum führen werden, der auch Studierenden offensteht, ist unklar. Klar ist hingegen, dass dieser weder eine substantielle und aufgrund der Einmaligkeit auch keine nachhaltige Lösung des Problems ist.

Die Ablehnung bedeutet umso mehr, dass die Stadt und der Kanton Bern neue Lösungen für die Wohnsituation von Studierenden an der Universität Bern erarbeiten müssen. Auf kantonaler Ebene durchaus vorstellbar wäre, eine Erhöhung der Stipendien bzw. eine Angleichung an die steigenden Mieten. Auch eine stärkere kantonale Unterstützung der Städte beim Bau neuer Unterkünfte für Studierende muss ins Auge gefasst werden. Seitens der Stadt könnte die Um- oder Zwischennutzung leerstehender Gebäude für studentische Wohnungen und subventionierte Wohnmöglichkeiten für finanziell benachteiligte Studierende eine Annäherung an die Lösung der Problematik sein. Auch die SUB will aktiv werden und selber studentischen Wohnraum realisieren. In Zusammenarbeit mit der BG Aare plant sie auf der städtischen Überbauung «Mittel/Viererfeld» eigene Wohnungen für Studierende zu schaffen.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Noel Stucki, Vorstand SUB, Ressorts Nationale Hochschulpolitik und Rechtliches,
noel.stucki@sub.unibe.ch, 077 466 05 87